

ihn gern noch einmal vorlesen: Das Problem der zukünftigen Energieversorgung soll zur Erarbeitung einer Beschlußempfehlung an die beiden Ausschüsse überwiesen werden. Sie sollen eine Beschlußempfehlung für die Volkskammer vorlegen, wie die zukünftige Energieentwicklung aussehen soll. Anders kann ich den Satz nicht verstehen.

(Beifall bei SPD und PDS)

Das zweite ist, daß sie einen Termin setzen. - Bitte schön.

(Zuruf von der CDU/DA-Fraktion: Es ehrt die Situation, daß in dieser Kammer eine so weit gefächerte Meinung zu diesem Problem gebildet worden ist. Aber ich frage die Abgeordneten, die den Herrn Ministerpräsidenten und das Kabinett gewählt haben, wozu wir dann für eine solche Sachkompetenz noch Minister brauchen?)

(Beifall bei CDU/DA und DSU - Unruhe - Zuruf:
Das Parlament kann heimgehen?)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann müßte ich über diese beiden Punkte abstimmen lassen.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Ich beantrage eine Unterbrechung der Sitzung.)

(Unruhe)

Bitte zur Geschäftsordnung der Abgeordnete Steinitz.

Prof. Dr. Steinitz (PDS):

Herr Präsident! Liegen noch mehr Anträge vor?

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Mehr Anträge liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Die Sitzung wird für 10 Minuten unterbrochen.

(Unruhe - Rufe: Abstimmen!)

(Unterbrechung der Sitzung)

Verehrte Abgeordnete! Ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Wir setzen unsere Beratung fort. Ich bitte Sie aber um Zustimmung dazu, daß wir den eben verhandelten Tagesordnungspunkt 1 jetzt hier unterbrechen. Er wird wieder aufgenommen. Bloß die Verständigungen, die herbeigeführt werden sollten, konnten in dieser Zeit nicht herbeigeführt werden, und ich denke, es ist in unser aller Interesse, wenn wir jetzt die Zeit nutzen, um andere Tagesordnungspunkte weiter zu beraten und dann im Laufe des Nachmittags die Beratung zu diesem Punkt und zu dem Antrag, der uns Vorgelegen hat, wieder aufnehmen. Danke schön.

Fortsetzung Tagesordnungspunkt 4

Wir kommen dann zu dem Tagesordnungspunkt 4.

Also ich bitte jetzt die Abgeordneten, Platz zu nehmen. Bei dieser Bewegung im Raum kann ich nicht weiter verhandeln.

Und zwar erinnern Sie sich, es ging um die Drucksache 89 und 89 a. Wir hatten dazu Abänderungsanträge vorliegen.

Ich kann Ihnen zunächst mitteilen, daß der Abänderungsantrag von der Fraktion CDU/DA, der sich darauf bezog, daß der vom Ausschuß vorgeschlagene Absatz 5 im § 7 des Rentenangleichungsgesetzes wieder gestrichen werden soll, von der Fraktion zurückgezogen wurde.

(Vereinzelt Beifall bei SPD)

Damit ist dieser Abänderungsantrag gegenstandslos.

Des weiteren lag uns ein Abänderungsantrag vor, einen Paragraphen a einzufügen. Ich bitte jetzt einen Vertreter des Ausschusses Arbeit und Soziales, uns zu erklären, wie dieses Problem auf andere Weise gelöst worden ist.

Frau Ministerin oder? - Frau Minister Hildebrandt! Ich frage jetzt, wer vom Ausschuß macht es? - Ich habe jetzt hier vorliegen in bearbeiteter Form den Antrag des Ausschusses Arbeit und Soziales. Da soll Paragraph - na, vielleicht kann ich es auch selber erklären, wenn keiner kommt. Bitte schön.

Frau Dr. Hildebrandt, Minister für Arbeit und Soziales:

Es handelt sich um § 23 Abs. 2, und wir möchten, daß er wie folgt geändert wird:

„Zusätzliche Versorgung aus Versorgungssystemen für hauptamtliche Mitarbeiter von Parteien, gesellschaftlichen Organisationen, der Gesellschaft für Sport und Technik, für Mitarbeiter des Staatsapparates, Generaldirektoren der zentralgeleiteten Kombinate und ihnen gleichgestellte Leiter zentralgeleiteter Wirtschaftsorgane“

und jetzt kommt die Veränderung - das ist also das, weswegen dieser Antrag noch einmal eingebracht wurde:

„sowie Versorgungsbezüge aus den Sonderversorgungssystemen des ehemaligen Ministeriums für Nationale Verteidigung bzw. des Ministeriums für Abrüstung und Verteidigung und des Ministeriums des Innern, die den Betrag von 1500 Mark übersteigen, werden ab 1. Juli 1990 maximal in Höhe von 1500 Deutscher Mark gezahlt.“

Wir haben also eine Höchstbegrenzung der Renten aus Sonderbezügen auf 1500 DM auch für das Ministerium für Nationale Verteidigung bzw. das Ministerium für Abrüstung und Verteidigung als Nachfolgeeinrichtung und das MdI auf diese Art und Weise noch in dieses Gesetz mit eingebracht. Hier sind also auch die hohen Bezüge beschnitten worden, und das war der Sinn des Antrages.

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne und SPD)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Das ist die überarbeitete Fassung des Änderungsantrages, der uns heute vormittag Vorgelegen hat. §23 Abs. 2 wird geändert. Sie haben inzwischen den Text erhalten. Sind Sie bereit, über diesen Änderungsantrag abzustimmen? - Wer dieser Änderung des §23 Abs. 2 in der vorgeschlagenen Form zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Bei einigen Stimmenthaltungen ist dieser Änderungsantrag mit großer Mehrheit angenommen worden.

(Beifall bei SPD und Liberalen)

Da der zweite Änderungsantrag, den ich erwähnt habe, zurückgezogen worden ist, liegen keine weiteren Änderungsanträge vor. Ich kann also über den Beschlußvorschlag des Ausschusses für Arbeit und Soziales, wie er Ihnen in Drucksache Nr. 89 a vorliegt, abstimmen lassen und damit in 2. Lesung über das Gesetz zur Angleichung der Bestandsrenten an das Nettorentenniveau der Bundesrepublik Deutschland und zu weiteren rentenrechtlichen Regelungen (Rentenangleichungsgesetz). Wer diesem Gesetz in 2. Lesung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Mit einigen Stimmenthaltungen ist dieses Gesetz in 2. Lesung beschlossen.

Wir fahren jetzt fort... Moment, ich muß noch eines machen, bevor wir in der Tagesordnung fortfahren können: Es hat sich durch diese Verschiebungen im Laufe des Tages die Situation ergeben, daß sowohl der Außenminister, der für die außenpolitische Debatte zu unserer Aktuellen Stunde hier sein sollte, inzwischen nach Italien zu einem Außenministertreffen unterwegs